

GdP: Kurz berichtet

Januar 2005



1. **Neujahrsempfänge der Landesregierung und der Grünen**
2. **Dritter Versorgungsberichts der Bundesregierung**
3. **Rente ist besser als ihr Ruf**
4. **Gründe für Kinderlosigkeit**
5. **Flutkatastrophe in Asien**
6. **Gewerkschaften und Attac für SES**
7. **GdP fordert höhere Einkommen**
8. **Polizeiseelsorge**
9. **Spendenaufrufe per E-Mail**
10. **Terminankündigung**
11. **Neue EU-Führerscheine in Deutschland spätestens ab 2012**
12. **Dr. Carl-Ludwig Wagner wurde 75**
13. **Die Steueramnestie war ein Flop**
14. **Terminhinweis**
15. **Das letzte Geheimnis**
16. **Zur Erinnerung**

1. Neujahrsempfänge der Landesregierung und der Grünen

Ministerpräsident Kurt Beck begrüßte im Pfalzbau in Ludwigshafen mehr als 1.000 Gäste zum Empfang der Landesregierung. Einen Schwerpunkt seiner Rede bildete die Hilfsmaßnahmen für die Flutopfer in Asien und Afrika. Er dankte allen Helfern vor Ort und ausdrücklich auch der Polizei, die im Innenministerium und im Landeskriminalamt die Todes- und Vermisstenfälle bearbeiten.

Auch Ise Thomas begrüßte beim Empfang der Grünen, die in diesen Tagen ihren 25. Gründungstag feiern, in der Alten Patrone in Mainz die grenzüberschreitende Hilfsbereitschaft der Menschen. Vor etwa 150 Gästen beschrieb sie die landespolitischen Schwerpunkte der Grünen mit Bildung, Ganztagsbetreuung und der Förderung regenerativer Energien.

Für die GdP nahm Landesvorsitzender Ernst Scharbach an den Empfängen teil. Bei den Grünen entwickelten sich rege Diskussionen zu den Eingriffsbefugnissen der Polizei zur DNA-Analyse und der Wohnraumüberwachung.

2. Dritter Versorgungsberichts der Bundesregierung

2005 steht turnusmäßig der dritte Versorgungsbericht der Bundesregierung an. Er soll vom Bundeskabinett voraussichtlich im Februar 2005 beschlossen und anschließend veröffentlicht werden.

Wie in vorangegangenen Berichten will die Bundesregierung mit dem 3. Versorgungsbericht aufgrund aktualisierter Personalstatistiken umfassend die Versorgungsleistungen und Versorgungsausgaben im gesamten öffentlichen Dienst (einschließlich Zusatzversorgung) in der Vergangenheit und Gegenwart darstellen und anhand von Modellrechnungen die Versorgungsausgaben und Zahl der Versorgungsempfänger - bis zum Jahre 2050 - vorausberechnen. Grundlage des Berichts sind die Daten der Versorgungsempfängerstatistik vom 1. Januar 2003, der Personalstandsstatistiken vom 30. Juni 2002 und verschiedener Sondererhebungen der Jahre 2001 bis 2003.

Anders als noch im zweiten Versorgungsbericht 2001 sollen diesmal Ausmaß und Wirkungen der bereits eingeleiteten Versorgungsreformmaßnahmen (z.B. Auswirkungen der Versorgungsabschläge auf das Renteneintrittsverhalten, z.B. die Zahl der Frühpensionierungen) wesentlich ausführlicher und differenzierter (nach Arbeitgeberbereich und Berufs- und Betroffengruppen) dargestellt werden.

Der DGB hatte sich bei der seit Mitte 2003 laufenden Vorbereitung des dritten Versorgungsberichts dafür stark gemacht, auch die bisherigen Erfahrungen mit den seit Jahren wirksamen "Reformmaßnahmen" auszuwerten, um eine fundierte und differenzierte Datengrundlage und schließlich größere gewerkschaftliche Argumentationsspielräume zu haben, wenn es dann um die Konsequenzen aus dem Versorgungsbericht geht.

Inwieweit besteht weiterer "Bedarf" zur Reduzierung der Versorgungsausgaben? Diese Frage wird sich unweigerlich anschließen. Wie die Erfahrungen des letzten Versorgungsberichts 2001 zeigen, diente der Bericht der Bundesregierung unmittelbar als Rechtfertigung für umfangreiche Gesetzesmaßnahmen zur Absenkung des Versorgungsniveaus.

3. Rente ist besser als ihr Ruf

Die Umstellung der staatlichen, umlagefinanzierten Rente auf private Vorsorge gilt vielen als Königsweg aus der Finanzierungskrise der Rentenversicherung. Umlagefinanziert bedeutet, dass die Beitragszahler direkt über die Rentenversicherung die derzeitigen Rentner 'bezahlen'. Bei der privaten Vorsorge soll zunächst privat Kapital angespart werden, das im Alter nach und nach aufgezehrt wird. Der Vorteil des Privatmodells liegt für die Großunternehmen auf der Hand: Auf dem Weg der Privatvorsorge werden Milliarden € in die Töpfe von Versicherungen und Investmentfonds gelenkt, mit denen sich prächtig Geld verdienen lässt. Aber ist das System wirklich besser, als unsere 'alte' Rente?

Vielleicht hilft ja ein Blick über den Zaun:

Bereits 1981 schaffte die Militärdiktatur in Chile die Rente als Sozialversicherung ab. Seither müssen die Arbeitnehmer in private Fonds einzahlen. Die Beitragshöhe liegt bei 13 %, die Arbeitgeber zahlen nichts.

Die Ergebnisse werden in drei voneinander unabhängigen Gutachten dargestellt: *"Ein großer Teil der Chilenen wird, wenn der Trend anhält, in Zukunft sehr geringe oder gar keine Rente erhalten."* Der Rentenbezug ist auf 10 Jahre begrenzt. Danach gibt es nur noch eine Mindestrente von 120 € im Monat.

Nach dem Zusammenbruch von Rentenfonds in den USA und England standen dort viele Bürger vor dem Nichts. Die kapitalgedeckte Rente ist also keineswegs per se besser, als die staatliche Rentenversicherung – die Rente ist besser als ihr Ruf.

Quelle: Frankfurter Rundschau

4. Gründe für Kinderlosigkeit

Rund 40 % der kinderlosen Paare zwischen 18 und 49 Jahren verzichteten aus Unsicherheit über ihre berufliche Entwicklung auf Nachwuchs, ergab eine Umfrage der Zeitschrift Eltern. Eine andere Erklärung hat der Kommentator der BLÖD-Zeitung: „Für mich ist die Frau schuld, die wie am Wühltisch im Kaufhaus nach Liebe grapscht. Wer Männer am Wühltisch sucht, findet keine Väter. Männer sind keine Unterhosen, Socken. Männer haben die Nase voll von Zicken.“

5. Flutkatastrophe in Asien

Viele Kolleginnen und Kollegen machten sich Sorgen um unseren GdP – Kreisgruppenvorsitzenden der BePo Wittlich, der im Katastrophengebiet Urlaub machte. Zum Glück ist ihm nichts passiert. Sein Bericht:

„hallo!

da bin ich wieder! :-)

wie die meisten von euch ja bereits wissen, habe ich die flut in südasiens wohlbehalten - wenn auch mit einer gehörigen portion glück - überstanden!

zum zeitpunkt der großen welle saß ich ca. 200km von sumatra und etwa 400km vom epicentrum des seebebens entfernt seelenruhig am strand unserer kleinen insel (ko lipeh: 2km langer und nur 150 breiter sandhügel im pazifik) und ahnte, wie so viele urlauber, nichts von der drohenden gefahr, denn von einem erdbeben, geschweige denn von einem tsunami wußte niemand etwas!! die berichterstattung bei euch war um einiges umfassender als das was wir über den einzigen fernseher und ein satellitentelefon herein bekamen!

*es gibt wohl viele faktoren, dass ich noch am leben bin! die meisten beruhen wohl auf der lage unserer insel aber auch darauf, dass wir uns einen tag zuvor dazu entschlossen haben, **nicht** am morgen des 26.12. nach ko bulon (eine insel 10km weiter nördlich) zu fahren. diese insel wurde stark zerstört und es starben 8 menschen, unzählige wurden verletzt.*

so habe ich von der veranda meiner bambushütte aus beobachtet, wie das meer plötzlich verschwand und die wunderschönen korallenriffe auf dem trockenen lagen. man denkt nicht an den vortagen einer gigantischen welle oder die nachwirkungen eines seebebens, wenn man so etwas sieht. und so sind wir alle sitzen geblieben und haben uns dieses "naturschauspiel" verwundert angesehen!

dieses verhalten wurde wohl tausenden von touristen und einheimischen zum tödlichen verhängnis! denn so schnell das meer sich zurückgezogen hat, so schnell kam es auch wieder (ca. 500km/h)! innerhalb weniger sekunden stieg der meeresspiegel um mehrere meter und verschlang alles, was sich in seiner reichweite befand (boote wurden an den strand geworfen, palmen umgerissen, ...)

als wir realisieren konnten, was da auf uns zukam, war es auch schon zu spät... weglaufen wäre an betracht der geschwindigkeit und der wassermassen zwecklos gewesen. so hatten wir es wohl einer großen portion glück zu verdanken, dass die welle "nur" bis zu den fundamenten unserer bambushütten kam und sich dann wieder zurückzog (wobei wieder einige schiffe auf die korallenriffe vor der küste geschleudert wurden und sanken...), wäre die welle nur zwei meter höher gewesen, wären viele von uns wohl nicht mit dem leben davon gekommen.

das alles hat nicht mehr als ca. 30 sekunden gedauert und es wiederholte sich den ganzen tag über... mit jedem mal etwas schwächer.

wir kamen dann auch erst nach zwei tagen wieder von der insel runter, weil vorher keine fähren fuhren. am festland sahen wir dann die zerstörungen am hafen und am kleinen fischerdorf

gegenüber, das quasi nicht mehr vorhanden war! etwa 150 fischerhütten waren fortgespült worden und mit ihnen eine unbekannte zahl an menschen.

wir haben dann auch die ersten verherenden fernsehbilder aus der region sehen können und die unglaubliche zahl an opfern. das hat uns schon schwer getroffen, da wir bis dahin gar nicht wußten, wie unwahrscheinlich groß unser glück gewesen war. nun konnten wir uns auch entfernt vorstellen, wie sehr unsere angehörigen und freunde um uns gebangt haben müssen!! von der insel aus konnte ich nur mit einem fremden handy kurz meine mutter informieren, die die gute nachricht an alle weitergegeben hat! - das auswärtige amt hat uns dann auch gleich von der liste der vermißten rucksacktouristen gestrichen, von denen tausende im land ohne genaue reiseziele unterwegs sind.

in diesem zusammenhang möchte ich mich besonders bei Helmut Petry und Joachim Knopp von der 2. BPA in wengerohr bedanken, die den kontakt mit meinen eltern hielten!

auch bei der pi trier, die es mir ermöglichte, trotz ungünstigster personeller lage, meine ersten schichten dienstfrei zu machen!

... und natürlich bei allen, die an mich dachten und mit mir gehofft haben!

Danke!“

Axel Krämer

6. Gewerkschaften und Attac für SES

Dem neoliberalen Kurs stellen Ver.di, IG Metall und das globalisierungskritische Netzwerk Attac ihr Gegenkonzept einer solidarischen Einfachsteuer (SES) entgegen. Da die Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten bereits umfassend erfasst und besteuert werden, sollen Nacht-, Feiertags- und Schichtzulagen weiterhin steuerfrei bleiben - Privilegien für Immobilien- und Kapitalbesitzer sollen hingegen gestrichen werden. Um die Steuerhinterziehung zu erschweren soll das Bankgeheimnis abgeschafft werden. Wie in anderen Ländern üblich soll die Vermögenssteuer wiederbelebt und die Erbschaftssteuer angehoben werden. Die Einnahmen des Staates sollen so deutlich verbessert werden. GdP - Landesvorsitzender Ernst Scharbach: *"Mit diesem Konzept werden endlich Forderungen nach mehr Gerechtigkeit bei der Finanzierung des Staates nicht zuletzt auch zu Gunsten der Inneren Sicherheit vorgelegt und der Mär von fehlenden Alternativen konkrete Vorschläge entgegen gesetzt!"*

Mehr unter: <http://www.attac.de/aktuell/steuer.pdf>

7. GdP fordert höhere Einkommen

2002 betrug die Inflation 1,4 %, 2003 1,1 % und sie stieg in 2004 auf 1,6 % - mit steigender Tendenz. Im Dezember 2004 betrug sie bereits 2,1 %.

Preistreiber waren die Gesundheitskosten, die Tabakwaren und die Heiz- und Kraftstoffe.

Neben den Lohnsenkungen der letzten Jahre wird das Geld für das untere Drittel der Bevölkerung durch die Inflation immer knapper. Fatale Folge: Während der Export von Rekord zu Rekord eilt, kränkelt der Binnenmarkt seit mehreren Jahren. Kein Wunder - die Menschen sind wegen ihrer Sorgen um die Arbeitsplätze und ihrer künftigen Einkommen tief verunsichert. *"Es wäre nicht nur für uns Arbeitnehmer, sondern für die ganze Volkswirtschaft gut, wenn die Löhne endlich wieder stärker an den Gewinnen der Unternehmen beteiligt werden"*, kommentiert Ernst Scharbach.

8. Polizeiseelsorge

Die Beiräte der Polizeiseelsorge in Rheinland-Pfalz haben ihr Jahresprogramm für 2005 vorgestellt. Es enthält 33 Seminare und Veranstaltungen. Die Broschüre kann bezogen werden bei Koll. Albert.Kohls@ism.polizei.rlp.de.

9. Spendenaufrufe per E-Mail

Es werden auch Spendenaufrufe mit Bankverbindung per E-Mail Kettenbrief-artig verbreitet. Dabei ist allerdings Vorsicht geboten. Jeder, der eine solche Mail weitergeleitet hat, *könnte* (prinzipiell) sein eigenes Konto statt des ursprünglich angegebenen eingetragen haben. **Daher sind solche Spendenaufrufe** (mit Angabe einer Bankverbindung) **keine gute Idee**. Besser ist es die Bankverbindung auf der Website der Organisation anzugeben, wo sie nicht so einfach manipuliert werden kann wie in einer Ketten-Mail. Auch die ursprüngliche Mail *kann* bereits von unseriösen Trittbrettfahrern stammen, die nur in die eigene Tasche wirtschaften wollen. Das gibt es leider immer wieder bei solchen Gelegenheiten. Haltet Euch im Zweifelsfall an die Organisationen, die ein Spendengütesiegel erhalten haben. Organisationen, die nicht in diesen Listen aufgeführt sind, *müssen nicht notwendigerweise* unseriös sein.

Weitere Infos:

[SPIEGEL Online](#) zu diesen Kettenbriefen (06.01.05)

[SPIEGEL Online](#) zu den beiden o.g. Fällen (28.12.04)

[Fluthilfe-Deutschland](#) (vermisst/gefunden u.a.)

[tagesschau.de](#) (Anlaufstellen für Angehörige)

[DZI-Spendensiegel](#) (Sonderliste für Spenden an seriöse Organisationen)

[Österreichisches Spendengütesiegel](#)

[ZEWO-Gütesiegel](#) (Schweiz)

10. Terminankündigung

Zum 19. März 2005 ruft der Europäische Gewerkschaftsbund zu einer internationalen Demonstration gegen die sog. Bolkesteinrichtlinie auf! Die Richtlinie will alle Dienstleistungen in den Mitgliedsländern der EU liberalisieren. Besonderer Hammer: Es würde das Recht des Entsendelandes gelten. Viele Firmen werden in Deutschland nicht mithalten können, weil hier die sozialen und Qualitätsstandards erheblich höher sind. Und das würde in der Folge weiteres Lohndumping bei uns auslösen. Dagegen sollten wir uns gemeinsam wehren!

11. Neue EU-Führerscheine in Deutschland spätestens ab 2012

Wie den beiden SPD-Landtagsabgeordneten Hannelore Klamm und Dr. Dieter Schiffmann auf Anfrage mitgeteilt wurde, soll die dritte EU-Führerschein-Richtlinie voraussichtlich 2006 verabschiedet werden. Danach gibt es eine Frist von sechs Jahren für die Umsetzung in nationales Recht. Spätestens ab 2012 werden also die vorgesehenen Regelungen europaweit und somit auch in Deutschland gelten.

Die Ziele:

- * die Vereinheitlichung der Führerscheindokumente im Interesse der Fälschungssicherheit,
- * die Verwirklichung des stufenweisen Zugangs aufgrund von Altersstufen zu den Fahrerlaubnisklassen bei motorisierten Zweirädern, Lkw und Bussen, sowie
- * die weitere Harmonisierung und Transparenz der vorgeschriebenen medizinischen Tests.

Dies heißt, dass künftig alle neu ausgestellten Führerscheine für leichte Fahrzeuge (Zweiräder, Pkw) alle 10 Jahre erneuert werden, ab einem Alter von 65 Jahren alle 5 Jahre. Für schwere Fahrzeuge (Lkw, Busse) soll der Führerschein alle 5 Jahre erneuert werden, ab einem Alter von 65 Jahren jährlich.

Die vorgesehene Befristung für Pkw und Zweiräder ist nicht an Gesundheitstests geknüpft, sondern dient der Vereinheitlichung der im Umlauf befindlichen, derzeit noch über 80 verschiedenen, Führerschein-Muster.

Umstritten ist die Option zur Installierung eines Mikrochips auf dem Führerschein, in dem die Fahrerdaten nochmals abgespeichert sind. Klamm und Schiffmann erwarten, dass eine Speicherung weiterer Informationen wie z.B. Blutgruppe und Sozialversicherungsnummer auf dem Chip ausgeschlossen wird.

Zurzeit wird der Entwurf durch die EU-Kommission nochmals überarbeitet. Dabei wird eine europaweite Angleichung der Anforderungen zur Sehfähigkeit, bei Herz- und Gefäßkrankheiten, bei Epilepsie sowie bei Diabetes erarbeitet.

Klamm und Schiffmann: *"Eine weitere Vereinheitlichung der medizinischen Untersuchungen wäre aus unserer Sicht im Interesse der Freizügigkeit und der Rechtsklarheit sehr zu begrüßen."*

12. Dr. Carl-Ludwig Wagner wurde 75

"Als eine der profiliertesten Persönlichkeiten der rheinland-pfälzischen Landespolitik, die weit über die Grenzen von Rheinland-Pfalz hinaus sehr erfolgreich gewirkt hat", hat der CDU Landes- und Fraktionsvorsitzende, Christoph Böhr, den früheren rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten, Dr. Carl-Ludwig Wagner, anlässlich seines 75. Geburtstages am 09. Januar 2005 gewürdigt.

Wagner war Mitglied des Deutschen Bundestages und Oberbürgermeister seiner Heimatstadt Trier, Justiz- und später Finanzminister in und schließlich Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. Die GdP gratuliert recht herzlich.

13. Die Steueramnestie war ein Flop

Die Ergebnisse der Steueramnestie dürfen getrost als Flop bezeichnet werden. Die umstrittene Amnestie hat rund 900 Millionen Euro zusätzlich in die Kassen gebracht - ein Bruchteil der Erwartungen der Bundesregierung, die ursprünglich von fünf Milliarden Euro ausgegangen war.

"Statt Steuerflucht wirksam zu bekämpfen, wollte die Regierung die Vermögenden mit dieser Amnestie bestechen, damit sie wenigstens niedrige Steuern zahlen. Dieser Versuch ist gescheitert", sagte Sven Giegold von Attac. Die Einnahmen seien minimal im Vergleich zu den 450 bis 550 Milliarden Euro deutschen Kapitals, die nach Angaben des Bundesfinanzministeriums allein in der Schweiz, Luxemburg und Liechtenstein liegen. Giegold: *"Für einen Witzbetrag hat die Regierung das Gerechtigkeitsgefühl aller ehrlichen Steuerzahler mit Füßen getreten."*

GdP- Landesvorsitzender Ernst Scharbach: *"Statt zu versuchen, die Steuerzahler mit Amnestiegesetzen oder niedrigen Abgeltungssteuern zu locken, sollte die Bundesregierung zusammen mit anderen Staaten stärkeren Druck auf Steueroasen ausüben. Zudem muss der Druck auf Steuerhinterzieher erhöht werden, indem das steuerliche Bankgeheimnis aufgehoben und Kontrollen verstärkt werden."*

14. Terminhinweis

Globaler Marshallplan - Entwicklungsperspektiven für die Dritte Welt

Freitag, 28. Januar 2005, 10 - 18 Uhr, Campus der Universität Mainz, Atrium Maximum (Alte Mensa, Johann-Joachim Becherweg 5).

Die Forderung nach der Realisierung eines globalen Marshallplans für eine weltweite ökosoziale Entwicklung, der von einer Vielzahl von nationalen und internationalen Verbänden - darunter auch attac -unterstützt wird, hat nach der jüngsten Flutkatastrophe in Südasien nochmals an Bedeutung gewonnen.

Diese Tagung, auf der **Ministerpräsident Kurt Beck** die Eröffnungsansprache halten wird und zahlreiche Medienvertreter erwartet werden, bietet ein herausragendes Forum, um die Relevanz eines globalen Marshallplans zu unterstreichen und weiter bekannt zu machen.

15. Das letzte Geheimnis

Bevor er ins Grab sinke, hätte er laut DER SPIEGEL (1/2003) gerne noch die Lösung eines Frauenrätsels gefunden, teilte Ex - 007 Sean Connery, 74, mit: *"Woher kommt diese Obsession der Frauen, unaufhörlich Schuhe zu kaufen?"*

Leider kann auch die GdP in dieser Frage nicht weiterhelfen.

16. Zur Erinnerung

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

Verreisen?	Auto kaufen?	PSW 06131/96009-23 oder -31
------------	--------------	-----------------------------

v.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz